

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 68 (1993)

Heft: 5

Artikel: "Grosszügige Familienwohnung Fr. 3850.- inkl. NK"

Autor: Zulliger, Jürg

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-106005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

beut. Die Ergebnisse der Frankfurter Beratungen fanden Berücksichtigung. Detaillierung der Fahrten durch die Risikobereiche und -zonen. Die letzten Runden präsentieren einen Gegensatz zu den Topographen.



NIKLAUS SCHERR,
Mieter/-innenverband:
«Ohne staatliche Hilfe geht es nicht.»



ROLF HEGETSCHWEILER,
Hauseigentümer-Verband: «Gegen staatliche Zuschüsse.»



CLAUDIO MÜLLER,
Vizedirektor
ZKB: «Investitionen in Häuser verlieren an Attraktivität.»



PETER GURTNER,
Bundesamt für Wohnungswesen:
«Wille zur Sparkultur.»
FOTOS: PD

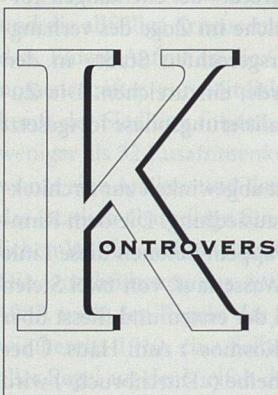
«GROSSZÜGIGE FAMILIENWOHNUNG

WEH' DEM, DER EINE WOHNUNG SUCHT. Unter diesem Titel fand in der Zürcher Paulus-Akademie eine bemerkenswerte Tagung statt. Sie bot ein Kaleidoskop verschiedener Meinungen: Mieter/innen- wie Hauseigentümerverband waren vertreten, aber auch Politiker, Vertreter des Bundes und der Stadt Zürich, Berufsleute aus der Baubranche und von Banken sowie weitere Interessierte. Merkmal der Diskussionen: Alle sprachen sich gegenseitig Mut zu, mehr Kompromisse einzugehen.

An und für sich lässt sich kaum leugnen, dass für die Durchschnittsschweizerin oder den Durchschnittsschweizer das Mietpreisniveau durchaus tragbar ist. 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen kosten nämlich nach einer Berechnung des Büros Wüst und Partner im Landesdurchschnitt 1367 Franken – ein Betrag, der von den meisten Haushaltungen aufgebracht werden kann. Trivialerweise beruht aber ein solcher Mittelwert auf teilweise sehr verschiedenen Fällen und vermittelt nicht gerade ein aussagekräftiges Bild der Gesamtsituation. Wer heute eine Wohnung sucht, ist – angesichts der ausgesprochen tiefen Wohneigentumsquote in der Schweiz (30 Prozent, im Kanton Zürich gar nur 19,7 Prozent) – auf den angespannten Markt der Mietwohnungen angewiesen. Der tägliche Blick in die Zeitung und verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die Preise der auf den öffentlichen Markt gelangenden Wohnungen wesentlich höher liegen, manchmal um das Doppelte über dem durchschnittlichen Betrag. Das hat verschiedene Gründe. Die in Zeitungsinsseraten angebotenen Objekte sind oft neuerstellt oder renoviert worden und entsprechend teuer. Außerdem nehmen Hauseigentümer eine Ausschreibung und Neuvermietung oft zum Anlass, die Miete nach oben zu «korrigieren». Der Mieterinnen- und Mieterverband schätzt, dass rund die Hälfte der neu belegten Wohnungen über den teuren Zeitungsinssera-

tenmarkt vermittelt werden. Die übrigen, meist günstigeren Wohnungen, werden über Wartelisten von Liegenschaftenverwaltungen oder über persönliche Beziehungen vermietet. Niklaus Scherr, Sekretär des Mieterinnen- und Mieterverbandes Zürich (MVZ), stellte insofern einen wachsenden Gegensatz zwischen Habenden und Suchenden auf dem Wohnungsmarkt fest – die Schweiz entpuppt sich in dieser Beziehung als Zweidrittelsgesellschaft. Die öffentlich angebotenen Wohnungen seien auch für Leute mit durchschnittlichem Einkommen kaum noch erschwinglich. Der Vertreter des MVZ kam zu dem Ergebnis, dass zum Beispiel eine Verkäuferin heute bis gegen 60 Prozent ihres Einkommens aufwenden müsse, um auf dem Wohnungsmarkt bestehen zu können. Was tun? Niklaus Scherr zeigte sich überzeugt, dass ohne staatliche Eingriffe kaum etwas zu erreichen sei. Er nannte positive Beispiele von Überbauungen – zum Beispiel solche, die nach Wohneigentumsförderungs-Gesetz unterstützt wurden (Finanzierungsmodell des Bundes, das eine anfangs tiefe, aber kontinuierlich steigende Zinslast vorsieht). Und er erwähnte die Stadt Zürich, die Land vorbildlich im Baurecht abgebe – nicht zum Verkehrswert, sondern zu einem Preis, der in Relation zu den Überbauungskosten stehe (zu 12 Prozent der Anlagekosten, im freitragenden Wohnungsbau zu 18 Prozent).

Demgegenüber zeichnete Rolf Hegetschweiler vom Zürcher Hauseigentümer-Verband (HEV) ein anderes Bild. Viele der im privaten Wohnungsbau erstellten Wohnungen seien relativ günstig vermietet. Erst recht diejenigen der Stadt Zürich, sie verlange für ihre Wohnungen im Durchschnitt rund 900 Franken. Anstatt Wohnraum künstlich zu verbilligen, sollte nach Ansicht Hegetschweilers die öffentliche Hand besser auf unnötige Vorschriften verzichten. Wieso könne in Zürich nicht 10stöckig gebaut werden? Staatliche Zuschüsse führen, so der Geschäftsführer des HEV Zürich, zu Zuständen wie einst im Osten: Es gebe zwar billige Wohnungen, aber es werde kaum noch investiert. Er empfahl, erschlossenes Land, das noch unbebaut ist, stärker zu be-



weh' dem, der eine Wohnung sucht. Unter diesem Titel fand in der Zürcher Paulus-Akademie eine bemerkenswerte Tagung statt. Sie bot ein Kaleidoskop verschiedener Meinungen: Mieter/innen- wie Hauseigentümerverband waren vertreten, aber auch Politiker, Vertreter des Bundes und der Stadt Zürich, Berufsleute aus der Baubranche und von Banken sowie weitere Interessierte. Merkmal der Diskussionen: Alle sprachen sich gegenseitig Mut zu, mehr Kompromisse einzugehen.

An und für sich lässt sich kaum leugnen, dass für die Durchschnittsschweizerin oder den Durchschnittsschweizer das Mietpreisniveau durchaus tragbar ist. 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen kosten nämlich nach einer Berechnung des Büros Wüst und Partner im Landesdurchschnitt 1367 Franken – ein Betrag, der von den meisten Haushaltungen aufgebracht werden kann. Trivialerweise beruht aber ein solcher Mittelwert auf teilweise sehr verschiedenen Fällen und vermittelt nicht gerade ein aussagekräftiges Bild der Gesamtsituation. Wer heute eine Wohnung sucht, ist – angesichts der ausgesprochen tiefen Wohneigentumsquote in der Schweiz (30 Prozent, im Kanton Zürich gar nur 19,7 Prozent) – auf den angespannten Markt der Mietwohnungen angewiesen. Der tägliche Blick in die Zeitung und verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die Preise der auf den öffentlichen Markt gelangenden Wohnungen wesentlich höher liegen, manchmal um das Doppelte über dem durchschnittlichen Betrag. Das hat verschiedene Gründe. Die in Zeitungsinsseraten angebotenen Objekte sind oft neuerstellt oder renoviert worden und entsprechend teuer. Außerdem nehmen Hauseigentümer eine Ausschreibung und Neuvermietung oft zum Anlass, die Miete nach oben zu «korrigieren». Der Mieterinnen- und Mieterverband schätzt, dass rund die Hälfte der neu belegten Wohnungen über den teuren Zeitungsinssera-

FR. 3850.— INKL. NK»

lautete: «Sollte in Zukunft die Renditeerwartung bei Liegenschaften weiterhin so schlecht sein, dann verlieren Investitionen in Häuser an Attraktivität.»

In den heutigen, sehr mobilen Finanzmärkten gebe es genug Alternativen. Und: «Unbefriedigende Renditen, verbunden beispielsweise mit Aufwand und Ärger mit Mietern und Behörden wegen Auflagen und Vorschriften, schrecken zukünftige Investoren ab. Dies ist eine für den Wohnungsbau sehr gefährliche Entwicklung, die heute schon in Ansätzen erkennbar ist.»

Peter Gurtner, stellvertretender Direktor im Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), konterte den Vorwurf Müllers, die WEG-Finanzierung sei zu kompliziert: «Für die Bank gilt es, nur ein Formular auszufüllen. Wer ein Konto bei der ZKB eröffnet, muss mehr Formulare ausfüllen.» Peter Gurtner nannte als Ursachen der gestiegenen Wohnkosten folgende Faktoren: gewachsene Ansprüche (die man allerdings niemandem verbieten könne); Verschärfung der Bauvorschriften, Sicherheitsbestimmungen und Umweltschutzmassnahmen; Verlängerung der Bewilligungsverfahren; und: strukturelle Eigenheiten des Baugewerbes (Zersplitterung in Einzelbetriebe, Einzelfertigung des Bauobjekts, kleinräumige Absatzgebiete, Kartellierung örtlicher und regionaler Teilmärkte).

Als Lösung schlug Peter Gurtner den Willen zur «Sparkultur» vor. Das könnte heißen: Das Angebot kleiner Wohnungen erweitern, Ansprüche reduzieren – weniger Perfektionismus, Erhaltung bestehenden günstigen Wohnraums (was eben auch wieder Vorschriften nötig mache), Umwandlung von Gewerbebauten oder der Bau von Behelfsunterkünften und gegebenenfalls von Notunterkünften. Schliesslich sprach sich der Vertreter des BWO dafür aus, vermehrt soziale Kosten und Wohnkosten in ihrem Zusammenhang zu sehen: Arbeitslose müssten eigene Wohnungen bauen, Pflege und Betreuungskosten könnten durch mehr Investitionen ins Wohnen gespart werden.

JÜRG ZULLIGER